

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD

Sozialer Wohnungsbau - Fehlbelegungsabgabe

und

ANTWORT

der Landesregierung

Preiswerter Wohnraum wird nicht nur in Großstädten, sondern vermehrt auch in ländlichen Bereichen knapp. Um diese Wohnungen konkurrieren finanziell schwache Wohnungsinteressenten vermehrt auch mit Zuwanderern. Um sozialverträgliche Mieten sichern zu können, kaufen vermehrt auch kleinere Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern Wohneinheiten auf und verschulden sich damit erheblich, wie das Beispiel der Gemeinde Pudagla auf Usedom anschaulich aufzeigt (OZ vom 8. Mai 2018 S. 9). Statistische Erhebungen belegen, dass bei Vermietungen mit Wohnberechtigungsschein drei Jahre nach dem Bezug dieser Wohnungen über 1/3 der zunächst „berechtigten Sozialmieter“ nunmehr über der Einkommensgrenze liegt.

1. Wie viele Sozialwohnungen im Landeseigentum stehen in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung?
2. Wie viele dieser Wohnungen sind an Zuwanderer vermietet?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Es befinden sich keine Wohnungen im Sinne des Gesetzes über die soziale Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsgesetz - WoFG) vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1610), im Landeseigentum.

3. Plant die Landesregierung die Einführung einer sogenannten Fehlbelegungsabgabe, um diesen fehlgeleiteten Subventionen an nicht mehr sozial berechnigte Mieter dieser Wohnungen entgegenzutreten und damit einen Grundstock zum Bau oder Erwerb weiterer Sozialwohnungen zu schaffen?
 - a) Wenn ja, in welchem Zeitraum können die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns mit der Einführung einer solchen Fehlbelegungsabgabe rechnen?
 - b) Wenn nicht, welche Argumente sprechen gegen die Einführung einer solchen Fehlbelegungsabgabe?

Die Fragen 3, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Einführung einer sogenannten Fehlbelegungsabgabe ist seitens der Landesregierung nicht geplant. Probleme mit Fehlbelegung sind der Landesregierung nicht bekannt. Zudem sind die gesetzlich vorgesehenen Einkommensgrenzen gemäß § 9 des Wohnraumförderungsgesetzes und der Verordnung über die Einkommensgrenzen nach dem Wohnraumförderungsgesetz (Einkommensgrenzenverordnung - EinkGrenzVO) vom 22. April 2003 (GVOBl. M-V, S. 310), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Juni 2016 (GVOBl. M-V, S. 521), so bemessen, dass bereits mehr als 40 Prozent aller Haushalte im Land wohnberechtigt sind. Das sind Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen.